

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.  
Der Preis für die 24 von Herrn Kolonel-Verlagsstelle im Verlagsbüro 12 20 (Hauptstadt) und 12 20 (Hauptstadt) beträgt 12,50, wovon 2,50 für die 20 von Herrn Kolonel-Verlagsstelle 20, wovon 2,50 für die 20 von Herrn Kolonel-Verlagsstelle 20, wovon 2,50 für die 20 von Herrn Kolonel-Verlagsstelle 20.  
Verlagsbüro: Leipzig No. 12 20.  
Gemeinde-Druckerei: Leipzig, No. 12.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichtspräsidenten und des Bezirksverbandes Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Röhrlitz, Schwarzenberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Röhrlitz, Neudorf und Schwarzenberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.  
Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.  
Verlag G. M. Gärner, Aue, Sachsen.  
Druckerei: Aue 61 und 62, Röhrlitz (am Ort) 440, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 4354. Druckort: Leipzig, Druckerei G. M. Gärner.

Wichtiges: Man wolle sich für die am 1. Oktober erscheinende Nummer des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ interessieren. Diese Nummer ist die Nummer der Ausgabe am 1. Oktober 1931, welche am 1. Oktober 1931 erschienen ist. Diese Nummer ist die Nummer der Ausgabe am 1. Oktober 1931, welche am 1. Oktober 1931 erschienen ist. Diese Nummer ist die Nummer der Ausgabe am 1. Oktober 1931, welche am 1. Oktober 1931 erschienen ist.

Nr. 220.

Sonntag, den 20. September 1931.

84. Jahrg.

## Amtliche Anzeigen.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Paul Wagner in Pöhlitz, alleiniger Inhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma F. M. Weigel's Nachf. in Pöhlitz, Spiritfabrikation, Materialwaren und Spirituosenhandel, wird  
a) Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und  
b) zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlussrechnung

auf den 7. Oktober 1931, vormittags 9 Uhr vor dem Amtsgerichte Schwarzenberg bestimmt.  
Die Auslagen des Konkursverwalters werden auf 181,21 RM. und seine Vergütung auf 650 RM. festgesetzt. R 33/30  
Schwarzenberg, den 14. Sept. 1931. Das Amtsgericht.  
Montag, den 21. September 1931, vorm. 9 Uhr sollen in Rittersgrün 1 Bettsofa, 1 Harmonium, 1 Sofa, 1 Tisch, 1 Leuchter, 1 Biergeschloß öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. D 1351/31  
Sammelort der Bieter: Gasthof Erzgeb. Hof.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.  
Weitere amtliche Bekanntmachungen befinden sich im ersten Beiblatt

## Diskretion für Kapitalschieber Ehrensache!

Die bis zum 15. Oktober verlängerte Amnestie für die Kapitalflüchtlinge, die auf den Rotverordnungswege erlassen worden ist, scheint sich als ein Fehlschlag erwiesen zu haben. Sonst würde nicht im Reichsfinanzministerium eine „wirksamere Gestaltung“ geplant werden. Ausgangspunkt ist dabei die doppelte Erwägung, daß die Amnestie in der bisherigen Form für die säumigen Steuerzahler nicht genügend Anreiz geboten hat, daß sie zweitens nicht genügend auf das Bedürfnis nach Diskretion Rücksicht nimmt. Es soll daher denjenigen, die ihre Steuern nachträglich zahlen wollen, die Möglichkeit gegeben werden, niedrig verzinsliche, von allen Steuern freie Obligationen der Reichsbahn zu zeichnen. Der Vorgang der Zeichnung soll sich so abspielen, daß der Steuerpflichtige nicht unmittelbar mit dienstlichen Stellen verkehrt, sondern daß eine neutrale Stelle — z. B. Rotare — eingeschaltet wird, bei der die Obligationen erworben werden können. Man denkt offenbar daran, das ganze Verfahren so zu konstruieren, daß die Obligationen, die der Steuerpflichtige erwirbt, als eine Art Quittung für die bezahlten Steuern gelten sollen, wenn später einmal ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung in Gang kommen sollte.

## Streiflichter.

### Vor dem französischen Ministerbesuch. Wie wird das französisch-deutsche Wirtschaftsabkommen aussehen? Ekelhafter Wehrauch für Herrn Francois-Poncet. Ein nicht alltäglicher Reinfall.

Der Schwerpunkt der internationalen Politik liegt augenblicklich nicht mehr beim Völkerbund. Das haben die diesjährigen Septembertagungen in Genf gezeigt, die sich ohne Schwung und Kraft hinkuschten. Die Diplomatie ist wieder zu der Vorkriegsmethode des direkten Verhandels von Regierung zu Regierung zurückgekehrt. Ein Unterschied gegen früher ist freilich der, daß an Stelle der „Demarchen“ der Botschafter die persönlichen Besuche der Regierungschefs getreten sind. Zweifellos hat diese Art des unmittelbaren politischen Verkehrs manche Vorteile. Z. B. werden die früher so beliebten „Missverständnisse“ ausgeschaltet oder wenigstens erschwert, durch welche manche bereits getroffene Abmachung illusorisch gemacht wurde. Die Minister müssen schließlich zu ihren Worten und Taten stehen, und können nicht mehr so leicht durch faule Ausreden Verbindliches unverbindlich machen. Uebrigens waren die Vorteile des persönlichen Verkehrs der Verantwortlichen schon von dem jungen Wilhelm II. erkannt worden. Er stieß jedoch in seinen Bestrebungen, ihn zu pflegen, auf den Widerstand der künftigen Diplomatie und der Parteien des Reichstags. Heute zeigt sich, daß der Kaiser seiner Zeit auch hierin weit voraus war, und daß der Spottname „Reiselaifer“ keineswegs berechtigt gewesen ist.

r auch gependet. Die Person dieses Herrn wird durch dieses Blatt in reiflicher Bewunderung den Deutschen durch folgende Beschreibung gekennet näher gebracht:  
Eine Persönlichkeit von eigenem und markantem Zuschnitt — der moderne Franzose. Ein satirischer Herr in den Bierzügen, mit hoher, breiter Stirn, die Haare gelichtet, die Schläfen schon angegraut; aber doch noch sehr jugendlich und elastisch. Eine kräftige, ziemlich lange Nase, kleine, lebhaftige Augen, darüber aufsteigende, schwarze Augenbrauen. Den gewollten Ausdruck des Gesichts bestimmt der Schnurbart. Ältere Photographien zeigen Francois-Poncet mit einem fast wilhelminisch emporgeschwungenen Kopf. Sieht hat sich der Bart der Mode entsprechend verkürzt und bedeckt nur noch die halbe Oberlippe. Aber die Enden sind noch immer leicht nach oben gebogen. Ein ausgeprägtes, energieloses Kinn vervollständigt das Bild eines Mannes, der Anspruch darauf erhebt, beachtet zu werden. Im Gegenstoß zu dem Typus des stolzen französischen Parlamentiers, zu der nonchalanten Eleganz des französischen Berufsdiplomaten, hält Francois-Poncet auf schnelle Figur und sportliche Frisur. Aber der Eindruck des etwas Modisch-Pretenziösen verliert sich sofort, wenn man Francois-Poncet sprechen hört. Keine unnützen rhetorischen Gesten, keine konventionellen Floskeln. Eine glatte, scharfe Diktion, geleitet von einem klaren, ungenüßlichen scharfen Verstand. ... Seine Bogil mündet nicht wie so oft bei Franzosen im Juristischen und noch weniger in theoretischen Aufgebau, sie hält sich in den Grenzen des Tatsächlichen. Das Reale ist für ihn die Wirklichkeit. ...

Die Sensation der nächsten Zeit wird der Besuch des französischen Ministerpräsidenten und seines Außenministers in Berlin sein. Obwohl den Herren deutlich genug zu verstehen gegeben wurde, daß ein großer Teil des deutschen Volkes absolut keinen Wert auf ihr Erscheinen in dem jetzigen Moment legt, haben die sonst so empfindlichen Franzosen sich nicht bewogen gefühlt, die Reise aufzugeben. Vorausgeschickten werden kann, daß sie recht dringende Gründe für ihren Besuch haben müssen. Tatsache ist, daß die Herren sich in ihrer goldenen Rüstung nicht so recht wohl fühlen und nach Mitteln suchen, ihren toten Reichtum zu mobilisieren, ehe es zu spät ist. Man fürchtet in Paris, die Deutschen, die schon so oft überraschende Zeichen ihrer Lebensenergie gegeben haben, könnten aus ihrer verzweifeltsten Lage einen Ausweg finden, der sie dem Zwange der französischen Hilfe enthebt. Dadurch würden gewisse Pläne durchkreuzt werden, die sehr im französischen Interesse liegen, und die in der Bildung eines französisch-deutschen Wirtschaftsabkommens gipfeln. Durch ein solches soll gewissen bedrohten französischen Industrien Luft geschaffen und ferner dem alten Wunsch des Zusammenschlusses der französischen Eisen- mit der deutschen Kohlenindustrie zum Leben verholfen werden.

Nun wissen wir genau, wie der Mann aussieht, welcher nach dem Willen der französischen Regierung der Diktator über Deutschland sein soll, und zugleich erfahren wir auch durch dieselbe Zeitung, daß die Gattin des großen Mannes in Paris am Winddorn operiert worden, ihr Zustand aber — dem Himmel sei Dank — befriedigend ist.  
Es wäre ein Mangel an selbstlichem Einfühlungsvermögen, wenn der Ullstein-Verlag meinen sollte, er könne durch die Verbreitung solcher Schmuses in seinen Zeitungen sein arg komponiertes Ansehen wiederherstellen. Uebrigens hat eben die „Welt am Montag“ des Herrn Hells von Gerlach in echt beiderseitig demokratischer Geminnung die Behauptung verbreitet, der Ullsteinkongress befände sich in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die u. a. zur Kündigung von 20 Redakteuren und zur Entlassung zahlreicher Angestellter und Arbeiter geführt und die Stilllegung des großen neuen Druckereigebäudes in Tempelhof veranlaßt hätten. Ullsteins dementieren das schleunigst als „börsartige Gerüchtmacherei“ staatsfeindlicher Organe und anderer Sensationsblätter“. Man könnte die Streitenden unter sich lassen, wenn die Verleumdung des Ullsteinverlages nicht in folgendem anmaßenden Appell an den preussischen Justizminister ausläge:  
Der Verlag Ullstein fühlt sich auch verpflichtet, den Justizminister darauf hinzuweisen, daß er endlich einmal die bisherige Praxis der Staatsanwaltschaft ändern muß. In einer Notzeit, wie wir sie jetzt durchmachen, muß angesichts der schweren Gefahr, die böswillige Verleumdung über unsere Wirtschaft heraufbeschwören, das öffentliche Interesse in den Vordergrund gerückt werden. Die Staatsanwaltschaft muß angewiesen werden, in allen diesen Fällen, auch wenn zunächst nur von privater Seite Strafanträge gestellt werden, die Strafverfolgung im öffentlichen Interesse von sich aus aufzunehmen.

Ueber die Einzelheiten des Programms, mit dem die Franzosen nach Berlin kommen, ist noch nichts bekannt. Zweifellos ist, daß es sich für die Reichsregierung um Entscheidungen handeln wird, die von ungeheurer Tragweite für die deutsche Wirtschaft sind. Natürlich werden Laval und Briand versuchen, die ihnen geläufigen Expreßmethoden anzumenden. Aufgabe der deutschen Minister und Weltkämpfer wird es sein, den Franzosen zu bedeuten, daß mit Gewaltpolitik nichts zu erreichen ist, und daß neue Verträge nur dann in Frage kommen, wenn sie nicht nur den Franzosen Vorteile bringen. Wir brauchen eine Erleichterung unserer gesamten Wirtschaftslage, daher können wir nur Vorschläge annehmen, von denen eine Entlastung der öffentlichen Ausgaben und vor allem des Arbeitsmarktes zu erwarten ist.

Ueber die Beziehungen zwischen öffentlichem Interesse und den Privatbelangen des demokratischen Zeitungs- und Druckereiwesens werden wohl die Ankläger sehr auseinander gehen. Wohl aber wird man sich sehr einverstanden mit der Forderung erklären können, daß in dieser schweren Zeit die Staatsanwaltschaft „böswilligen Verleumdern“ mehr als bisher das Handwerk legt. Jedoch sollte diese Behörde vor gewissen Blättern nicht halt machen, die besonders auf politischem Gebiet die Giftmischer als ihre Spezialität betreiben. Namen zu nennen, ist nicht am Platze. Immerhin möchten wir es als einen rechtlichen Zufall bezeichnen, daß in der gleichen Nummer der Ullsteinschen „Wof. Sig.“, in welcher

Die Franzosen brauchen uns, sonst würden sie ihre Minister nicht zu den bochsen schicken. Von diesem Standpunkt aus sind auf deutscher Seite die Verhandlungen zu führen. Unterwürfigkeit und Bettelei sind ebensowenig am Platze, wie die Vorkühlorbeeren, mit welchen die demokratische Presse der Reichshauptstadt seit den neuen Berliner Botschafter Francois-Poncet, begrüßen zu müssen glaubt. Diesem Mann, der übrigens seiner Zeit den Aufruf zum Vorkühlorbeeren organisierte, wird als dem Vater der kommenden französisch-deutschen „Zusammenarbeit“ — dieser Begriff hat den der Verständigung abgelöst — besonders in der Ullsteinschen „Wof. Sig.“, ein ekelhafter Wehrauch

Diese ganze Rücksichtnahme gegenüber einer Kategorie von Leuten, die eine solche nicht im mindesten verdienen, paßt zweifellos nicht in eine Zeit, in der dem gewöhnlichen Staatsbürger Härten über Härten auferlegt werden, ohne daß er sich dagegen wehren kann. Sie würde die berechtigste Erbitterung bei allen denjenigen hervorrufen, die ihre Steuern pünktlich bezahlt haben und bezahlen mußten. Es ist in den letzten Monaten so vieles durchgesetzt worden was früher nicht durchführbar erschien, sodaß auch Mittel und Wege zu finden sein müssen, die Kapitalflüchtlinge zu fassen. Diskretion und sonstige Rücksichtnahme sind absolut nicht am Platze, selbst auf die Gefahr hin, daß der internationalen Finanz, die sich bekanntlich bis weit in die Kreise der sozialistischen „Kapitalfeinde“ der größten Vertiefung erfreut, ein festes Zugreifen nicht genehm ist. Wenn der erste Großschieber im Zuchthaus die Haare geschoren kriegt (leider hat bisher keine Rotverordnung den Sandhaufen für die Rentienten angebrochen), so wird das genügender „Anreiz“ sein, das Kapital zum Zurückfließen zu bringen. #

## Plan einer Reichsbahnleihe für Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 18. Sept. Unter den Finanzierungsprojekten für die Arbeitsbeschaffung, die gegenwärtig von der Reichsregierung erwogen werden, befindet sich auch der Plan einer steuerfreien Reichsbahnleihe. Es soll geplant sein, Reichsbahn-Goldbons im Umfang von 200—300 Millionen Mark auszugeben, die von der Einkommensteuer befreit sind. Da die Schuldzinsen auf Feingold lauten, was einen Anreiz für die Zeichner bilden soll, wird der Zinsfuß verhältnismäßig niedrig gehalten sein, er soll weniger als 5 Prozent betragen.

## Nicht im Dienste der Tschechoslowakei.

In unserer Ausgabe vom Dienstag, 14. Juli 1931, haben wir eine aus Leipzig uns zugegangene Meldung „Im Dienste der Tschechoslowakei“ veröffentlicht, wonach aus Delitzsch der dort bei den Nationalsozialisten führende tätige frühere Hauptmann Jermier unter Mitnahme der Parteikasse heimlich verschwand sei, und daß er dem Proger Spionage-Dienst Interna seiner Partei verfallen habe. Wir sehen nicht an, festzustellen, daß wir das Opfer falscher Informationen geworden sind. Die über Hauptmann a. D. Jermier in der Delitzscher Gegend umlaufenden unglücklichen Gerüchte, die wir wiedergegeben haben, enthalten, wie wir uns überzeugen konnten, der Grundlauge. Tatsächlich ist Jermier weder heimlich aus Delitzsch verschwand, noch hat er Spionagedienste für irgendein Land geleistet, noch hat er eine Parteikasse mitgenommen, letzteres schon aus dem Grunde nicht, weil er als Sturmbannführer keine Parteikasse besaß.

Es ist dies ein Schulfall leichtsinniger und bössartiger Gerüchtemacherei, bei dem die „Wof.“ mal ertrappt und zum Widerruf gezwungen worden ist. Sie ist im Glashaufe und mißt eigentlich den von ihm an anderer Stelle derselben Nummer zu Hilfe gerufenen Staatsanwalt gegen sich selbst wohl machen. Gewiß ein nicht alltäglicher Reinfall.